

MARIO CANDEIAS

# NO EXIT – FALSCHGESETZTE IN DER EURO-DEBATTE

Im Zuge der anhaltenden Eurokrise wird nun auch in der bundesdeutschen Linken die Option eines «geregelten Austritts» einzelner Länder, insbesondere Griechenlands, und die Rückkehr zu nationalen Währungen als eine mögliche Lösung diskutiert, sowohl im Sinne der am stärksten von der Krise betroffenen Gesellschaften, aber auch, um ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern. Stellvertretend hierfür stehen Oskar Lafontaine, der eine Rückkehr zum Europäischen Währungssystem fordert, und die beiden Autoren Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas, die im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung jüngst eine Studie zu den Ursachen der Eurokrise und möglichen Strategien zu ihrer Überwindung vorgelegt haben.<sup>1</sup> Mit dieser Studie und weiteren Analysen will die Stiftung einen Beitrag zu einer wichtigen, aber auch kontroversen Debatte leisten. Im Folgenden wird die Position vertreten, dass mit der Befürwortung einer Ausstiegsoption nicht nur falsche Hoffnungen geweckt, sondern auch falsche Gegensätze aufgemacht werden. Nicht nur ist das Risiko (zu) groß, dass ein Austritt aus dem Euro für Länder wie Griechenland oder Portugal eine Verschärfung ihrer gegenwärtigen Probleme nach sich zieht. Vielmehr müsste es aus einer linken Perspektive darum gehen, einen solidarischen Prozess der Neukonstituierung Europas voranzutreiben.

«Euro – so nicht!», lautete einst ein Wahlkampflogan der PDS. Die linke Kritik an der Struktur der Währungsunion Ende der 1990er Jahre, wie sie schließlich im Vertrag von Maastricht und im Stabilitätspakt festgeschrieben wurde, war zutreffend. Die monetaristische Form berücksichtigte nur Schuldenstand, Neuverschuldung und Inflation, nicht jedoch Leistungsbilanzen, Produktivitätsentwicklung sowie Sozialleistungs- und Lohnniveaus. Im Ergebnis konnten die unterschiedlichen Produktivitäten zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und Regionen im europäischen Währungsraum nicht mehr durch Wechselkursanpassungen ausgeglichen werden. Zugleich fehlte es an einer Angleichung sozialer Mindeststandards und Leistungsbilanzen sowie an einer Art Länderfinanzausgleich (über die Regional- und Konversionsfonds hinaus). Als möglicher Ausgleichsmechanismus bleiben nur die Lohn- und Tarifpolitik sowie die weitere Absenkung der bislang geltenden sozialstaatlichen Standards in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten.

Die krisenhafte Zuspitzung der wachsenden Ungleichgewichte im Euroraum konnte über eine Kreditschwemme verzögert werden. Dies funktionierte solange, wie bei einem niedrigen Zinsniveau und reichlich Liquidität auf den Märkten Kredite günstig zu haben waren und Staatsanleihen stets ihre Abnehmer fanden (nicht zuletzt bei deutschen Großbanken). Der immense Kapitalexpert vonseiten der Überschussländer garantierte einen stetigen Fluss der Refinanzierung. Die

langjährige kreditfinanzierte Nachfrage von Konsumenten, Unternehmen und Regierungen der Defizitländer stützte in allererster Linie auch den Exportboom und damit ein bescheidenes Wachstum in Deutschland. Erst mit der Krise und dann besonders mit den durch die Troika erzwungenen Kürzungsprogrammen stieg die Staatsverschuldung sprunghaft an. Die Troika setzte zugleich die sogenannte innere Abwertung durch, angeblich um damit die Wettbewerbsfähigkeit der «Krisenländer» wiederherzustellen. Tatsächlich treibt die rigide Kürzungspolitik ganz Europa in eine Rezession und stürzt die «Krisenländer» in eine Depression. Ergebnis ist eine Spirale des Elends von Griechenland über Spanien bis Portugal.

Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas zeigen in einer hochaktuellen, im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung verfassten Studie «The systemic crisis of the Euro», wie der potenzielle Nutzen einer Währungsunion verspielt wurde. Sie fordern daher eindringlich, die «letzte Chance» für eine radikale politische Wende zu nutzen: «Die entscheidenden Elemente einer neuen Strategie wären der Abbau der Lücke in der Wettbewerbsfähigkeit vor allem über Lohnerhöhungen in Deutschland, die sofortige Beendigung des fiskalischen Austeritätskurses und die Überbrückung der schwierigen Über-

<sup>1</sup> Flassbeck, Heiner/Lapavistas, Costas: The systemic crisis of the Euro – true causes and effective therapies, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2013 [im Erscheinen].

gangsphase für die Schuldnerländer durch Kredite der EZB, Eurobonds oder weitgehend unkonditionierte Hilfen durch den ESM (European Stability Mechanism). Auch in diesem Fall bräuchte man einen langen Atem. Der Rückweg zu einer Lage, bei der die Schuldnerländer wirtschaftlich auf eigenen Füßen stehen, Wachstum erzeugen und Arbeitsplätze schaffen können, wird mindestens zehn Jahre dauern.»

Da die Wahrscheinlichkeit für das Zustandekommen einer solchen fundamentalen Wende jedoch nicht sehr hoch anzusetzen sei, müssten auch andere Optionen ins Auge gefasst werden. Die Autoren empfehlen angesichts einer Situation, in der einige Länder die Kosten der Anpassung politisch und sozial kaum mehr tragen können und die Demokratie ernsthaft bedroht ist, offen über die Möglichkeit eines «geregelten Ausstiegs» aus der Währungsunion nachzudenken. Doch was ist unter einem solchen «geregelten Ausstieg» zu verstehen, und welches wären seine wahrscheinlichen Konsequenzen? Im Folgenden werden zunächst die verschiedenen Ausstiegsszenarien skizziert und danach die mit einem Exit der sogenannten Krisenländer verbundenen Risiken sowohl für deren Bevölkerung und wirtschaftliche Entwicklung, aber auch für Deutschland und die anderen Euro-Länder aufgezeigt. Abschließend wird die Frage aufgeworfen, wie sich die verschiedenen linken Positionen hinsichtlich der Eurokrise zur Idee eines europäischen Projekts verhalten.

#### **EXIT? WIE GEHT DAS? UND WER WILL DAS ÜBERHAUPT?**

Der kritische US-Ökonom William Tabb spitzt zu: «Nicht Griechenland ist das Problem, sondern Deutschland. Die EU sollte das Land aus dem Euro werfen.»<sup>2</sup> Was hier eine ironische Wendung auf Basis der Analyse realer Ursachen ist, meint der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, ernst: «Es gibt eine Alternative zur «alternativlosen» Euro-Politik: den gemeinsamen Austritt Deutschlands, Hollands, Österreichs und Finnlands», verlautbarte er schon frühzeitig in Interviews.<sup>3</sup> Zunehmend tendiert die aufgeregte Debatte hin zur Forderung einer kompletten Auflösung der europäischen Währungsunion, wie zuletzt mit lautem Medienecho von der neugegründeten Partei «Alternative für Deutschland» vertreten. Zunächst war insbesondere von konservativ-neoliberaler Seite, unter anderem von Prominenten wie Hans-Werner Sinn, Hans-Olaf Henkel, Thilo Sarrazin oder Frank Schäffler, dem Sprecher der Euroskeptiker innerhalb der FDP, ein Austritt Griechenlands aus der Währungsunion gefordert worden. Die in Deutschland medial recht einflussreichen Befürworter eines «Grexit» liefern der Bundesregierung starke Gründe für die eigene Positionierung: Der Euro als Kern der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft müsse unter allen Umständen verteidigt werden, Griechenland solle im Euro verbleiben und weitere Hilfen nur im Austausch für noch härtere Kürzungsmaßnahmen und Eingriffe in seine Souveränität erhalten. Die deutsche Regierung präsentiert sich somit als Stimme der Vernunft in der politischen Mitte.

Von linker Seite wurde lange Zeit eine Zurückhaltung hinsichtlich der Exit-Option geübt. Öffentliche Diskussionen in linken Kreisen über Ausstiegsszenarien gab es bislang kaum, wenn dann eher in den «Krisenländern», vor allem in Griechenland und Portugal, wo unter dem enormen Druck der Kürzungsdiktate jeder mögliche Ausweg aus der jetzigen unhaltbaren Situation in Betracht gezogen werden muss. Es sind allerdings eher die alten kommunistischen Parteien wie

die griechische KKE (Kommunistikó Kómma Elládas) oder die portugiesische PCP (Partido Comunista Português), die ernsthaft einen Ausstieg erwägen. Die beiden linkssozialistischen Parteien jüngerer Datums in beiden Ländern, Syriza und der Bloco de Esquerda, plädieren dagegen für Neuverhandlungen mit der Troika und ein Schuldenmoratorium, wollen aber in der Eurozone bleiben. Nun hat Oskar Lafontaine eine Debatte auch in der bundesdeutschen Linken angestoßen, die zuvor eher vereinzelt geführt wurde. Er hält die Auflösung der Währungsunion für notwendig. «Wenn reale Auf- und Abwertungen nicht möglich sind, dann muss man die einheitliche Währung aufgeben», erklärt er auf seiner Webseite. An die Stelle des Euro sollten wieder nationale Währungen treten. Deren Wechselkurs sollte die EU festlegen, um Spekulationen zu verhindern. Der Europäischen Zentralbank weist er die Rolle zu, mit verschiedenen Interventionen die südeuropäischen Länder vor einem allzu harten Absturz ihrer Währung zu bewahren.

Für oder gegen den Exit – meist teilen Linke die Problemanalyse und machen ähnliche Ursachen für die aktuelle Krise verantwortlich, ziehen allerdings recht unterschiedliche Schlussfolgerungen. So sieht Heiner Flassbeck, ehemaliger Chefökonom der Organisation für Welthandel und Entwicklung der Vereinten Nationen, das Kernproblem der europäischen Währungsunion – ähnlich wie die meisten PolitikerInnen der Partei DIE LINKE – in den auseinanderdriftenden Handels- und Leistungsbilanzen bei sehr unterschiedlichen ökonomischen Ausgangsbedingungen. Dabei habe die Bundesrepublik lange «systematisch unter ihren Verhältnissen gelebt».<sup>4</sup> Zur Rettung des Euro ist es aus seiner Sicht erforderlich, dass die Nominallohne in Deutschland stärker steigen als im Rest des Euroraums. Saldenmechanisch rechnet er vor: «Wenn die Löhne ab jetzt jedes Jahr um 4,5 Prozent erhöht werden, gibt es bis 2022 einen Ausgleich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.»<sup>5</sup> Um diesen langen Zeitraum zu überbrücken, seien «Eurobonds oder die Rettungsschirme ebenso wie eine konsequente Intervention der EZB sinnvolle Maßnahmen».<sup>6</sup> Allerdings ist Flassbeck eher skeptisch, ob die deutschen Gewerkschaften in der Lage sein werden, dauerhaft hohe Tarifabschlüsse durchzusetzen. Er zieht daraus die Schlussfolgerung: Werde die «Wettbewerbslücke» nicht geschlossen, breche die Eurozone auseinander.<sup>7</sup> Bevor dieser Zersetzungsprozess «alte Ressentiments» wecke und «neue Feindschaften» erzeuge, möchte er den Europäern zurufen: «Trennt euch».<sup>8</sup> Dabei schwebt ihm zunächst eine Trennung zwischen Nord- und Südeuro vor. Die Südeurozone würde sich aus Griechenland, Italien, Spanien und Portugal zusammensetzen, angeführt von Frankreich. Der Südeuro könnte sofort um etwa 40 Prozent abgewertet werden, womit die Wettbewerbsfähigkeit dieses großen südlichen Marktes schlagartig wiederhergestellt würde. Der Nordeurozone würden unter Führung der Bundesrepublik Deutschland Länder wie Österreich, die Niederlande, Finnland und später vielleicht Großbritannien angehören. Nur zögerlich ist diese Perspektive in der südeuropäischen Linken diskutiert und angenommen worden – jüngst etwa von Mimmo Pro-

<sup>2</sup> Beim «North American Left Dialogue» der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 1. Dezember 2012 in Berlin. <sup>3</sup> Handelsblatt vom 10.12.2010. <sup>4</sup> Flassbeck, Heiner: Der Euro – Nur ein Wunder kann ihn noch retten, in: Tageswoche vom 1.6.2012, unter: [www.flassbeck.de/pdf/2012/juli2012/DerEuro.pdf](http://www.flassbeck.de/pdf/2012/juli2012/DerEuro.pdf). <sup>5</sup> Financial Times Deutschland vom 17.3.2011. <sup>6</sup> Flassbeck: Der Euro. <sup>7</sup> Der Freitag vom 18.2.2010. <sup>8</sup> Flassbeck, Heiner: Trennt euch!, in: Wirtschaft & Markt, September 2012, unter: [www.flassbeck.de/pdf/2012/August2012/Trennteuch.pdf](http://www.flassbeck.de/pdf/2012/August2012/Trennteuch.pdf).

caro, einem ehemaligen Vordenker der italienischen Partei Rifundazione Comunista.<sup>9</sup>

Ohne fundamentale Änderungen allerdings, so die eindringliche Warnung von Flassbeck und dem Mitautor der Studie «The systemic crisis of the Euro», dem aus Griechenland stammenden und in Großbritannien lehrenden Ökonom Costas Lapavitsas, sei der Euro nicht länger zu halten. Dies sehen auch Gary Cohn, Vorstand von Goldman Sachs, oder Starökonom Nouriel Roubini so.<sup>10</sup> Deswegen favorisieren Flassbeck und Lapavitsas als Ultima Ratio eine Exit-Option, um ein unkontrolliertes Auseinanderbrechen der Eurozone zu verhindern. Sofern ein Austritt geregelt erfolge – im Falle Griechenlands mit einem vereinbarten Schuldenschnitt und langfristig zugesicherten Finanzhilfen sowie einer Abwertung der Währung von bis zu 50 Prozent –, sei dieser denkbar. Die Kosten würden sich im Rahmen halten, und für Griechenland böte sich hiermit eine Chance auf ein Ende des «Rezessions-Martyriums» (Axel Troost).

Dabei sind nach Flassbeck und Lapavitsas zwei Voraussetzungen zentral: «Erstens: Strikte Kapitalverkehrskontrollen sind unumgänglich, um Kapitalflucht und einen Ansturm auf die Banken zu verhindern, wenn ein Ausstieg aus der Währungsunion in einem oder in mehreren Ländern gleichzeitig in Betracht gezogen wird. Hier wurde mit Zypern ein Präzedenzfall geschaffen, der einerseits zeigt, dass dies mit den europäischen Verträgen und Vereinbarungen in Einklang gebracht werden kann, und andererseits belegt, dass diese Kontrollen schnell genug eingesetzt werden können, um chaotische Zustände bei einer Ankündigung in dieser Richtung vorzubeugen.» Zweitens bestünde «bei dem Übergang zu einer neuen nationalen Währung [...] die Gefahr, dass diese Währung, wird sie den Devisenmärkten überlassen, quasi zunächst ins Bodenlose fällt und auf diese Weise die Umstellung sehr teuer und schmerzhaft macht».<sup>11</sup> Um einer übermäßigen Abwertung vorzubeugen, schlagen die Autoren die Wiederbelebung des Europäischen Währungssystems (EWS)<sup>12</sup> vor (was auch von Lafontaine gefordert wird). Dies würde in gewissen zu verhandelnden Zielkorridoren kontrollierte Auf- und Abwertungen einzelner nationaler Währungen und ein koordiniertes Vorgehen der Zentralbanken ermöglichen. Ein solches Szenario ist nachvollziehbar, doch drohen erhebliche Gefahren bei der Umsetzung und bestehen berechtigte Zweifel an der Realitätstüchtigkeit der hier vorgeschlagenen Strategie.

## FOLGEN DES EXIT FÜR AUSTRITTLÄNDER

Was würde ein Austritt aus dem Euro etwa für Griechenland bedeuten?

*Verteuerung der Importe:* Flassbeck und Lapavitsas schlagen mit Kapitalverkehrskontrollen und der Wiedereinführung des EWS zwei Mechanismen vor, wie eine «übermäßige» Währungsabwertung vermieden werden soll. Sie rechnen jedoch selbst mit einer notwendigen Abwertung von bis zu 50 Prozent. Das würde bedeuten, alle Importprodukte würden schlagartig doppelt so teuer werden. Das beträfe nicht nur vielleicht mehr oder weniger verzichtbare Konsumgüter, sondern auch für das Überleben der Produktion dringend benötigte Güter wie Maschinen, industrielle Vorprodukte, Rohstoffe und Energie. Vielleicht noch schlimmer wäre der Preisanstieg bei unmittelbar lebenswichtigen Gütern wie Medikamenten und Nahrungsmitteln. Schon jetzt ist die Gesundheitsversorgung in Griechenland nahezu zusammengebrochen, Medikamente müssen von Patienten vorfinanziert werden, weil Apotheken die Rechnungen von den bankrotten Krankenkassen

nicht mehr erstattet bekommen und Praxen und Krankenhäuser nicht mehr beliefern. Auch der Hunger ist zurückgekehrt. Obwohl die Agrarwirtschaft ein traditionell bedeutender Sektor in Griechenland ist, verzeichnete das Land bereits vor der Krise auch Handelsbilanzdefizite im Bereich Nahrungsmittel. Eine Abwertung würde die Probleme des Landes in der Produktion wie Reproduktion also weiter zuspitzen.

*Fehlende Exportbasis:* Die Währungsabwertung, so der Plan, soll schlagartig die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft wiederherstellen und Exporte beflügeln. Offen bleibt jedoch, was eigentlich nach Jahren der Deindustrialisierung überhaupt produziert und exportiert werden soll. Axel Troost gibt zu bedenken, dass es wegen der «dramatischen Auszehrung der griechischen Wirtschaftsstruktur und -infrastruktur» keineswegs sicher sei, dass es nach einer Währungsabwertung «mittels Exportüberschüssen zügig aufwärtsgehen würde», auch wenn die Europäische Union «Hilfen für einen Neustart über die europäische Entwicklungsbank mittragen» würde.<sup>13</sup> Die Abwertung senkt vielleicht die preislichen Nachteile, damit ist es jedoch nicht getan. Die griechische Exportwirtschaft litt bereits vor dem Einbruch der Krise nicht nur unter im Vergleich mit anderen Ländern zu hohen (Lohnstück-)Kosten, sondern hinkte auch in puncto Qualität und Innovation hinterher. Und sie ist massiv abhängig vom Import effizienter Maschinen und hochwertiger Halbprodukte, der – wie oben beschrieben – deutlich teurer werden und damit die Produktionskosten im Lande wieder nach oben treiben würde. Diese qualitativen Defizite der griechischen Wirtschaft wären durch eine Währungsabwertung nicht behoben. Neben den hochspekulativen Finanz- und Bausektor boomte in Griechenland vor der Krise nur der Tourismus. Auch hier ist Griechenland qualitativ wie preislich hinter die Türkei zurückgefallen. Selbst im Agrarsektor ist kein Exportboom zu erwarten: Das Land muss seit Jahren mehr Nahrungsmittel importieren, als es ausführt.

Dem Beispiel lateinamerikanischer Länder folgend, wird auch über einen extraktivistischen Weg der Entwicklung nachgedacht, das heißt über eine noch stärkere Rohstoffausbeutung, um eine staatliche Politik der umfassenden Umverteilung zu ermöglichen. Hoffnung machen in diesem Zusammenhang vor allem Öl- und Gasvorkommen, die in der Ägäis vermutet werden. Diese könnten dem griechischen Staat über 25 Jahre hinweg insgesamt rund 600 Milliarden Dollar (465 Milliarden Euro) einbringen, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters.<sup>14</sup> Diese Summe übersteigt die der griechischen Staatsschulden fast um die Hälfte. Sollten sich die Vermutungen als richtig herausstellen, hätte die Vorstellung einer Entwicklung jenseits der Eurozone eine mögliche ökonomische Grundlage. Eine sozial-ökologische Strategie sieht freilich anders aus. Flassbeck setzt hingegen gar nicht auf Exporte: «Ein Land, das nicht wettbewerbsfähig ist, kann die Grenzen auf Dauer nicht offenhalten. [...] Importe müssen soweit wie möglich durch heimische Produkte ersetzt werden.»<sup>15</sup> Das ist in der Perspektive zweifellos richtig, wie jedoch soll der Übergang organisiert werden?

<sup>9</sup> Vgl. Procaro, Mimmo: Occupy Lenin, in: LuXemburg 1/2013, S. 132–139. <sup>10</sup> Handelsblatt vom 17.10.2012. <sup>11</sup> Flassbeck/Lapavitsas: The systemic crisis of the Euro. <sup>12</sup> Das Europäische Währungssystem regelte zwischen 1979 und 1998 die Wechselkurse zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft. Wechselkursschwankungen waren darin innerhalb festgelegter Bandbreiten möglich. <sup>13</sup> Vgl. Troost, Axel: Abspringen oder die Weichen umstellen? Das Für und Wider eines Ausstieges aus dem Euro. Kommentar zu Flassbeck, Berlin 2012, unter: [www.die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/artikel/abspringen-oder-die-weichen-umstellen-das-fuer-und-wider-eines-ausstiegs-aus-dem-euro](http://www.die-linke.de/nc/dielinke/nachrichten/detail/artikel/abspringen-oder-die-weichen-umstellen-das-fuer-und-wider-eines-ausstiegs-aus-dem-euro). <sup>14</sup> Vgl. Focus vom 17.11.2012. <sup>15</sup> Tagesanzeiger vom 13.10.2012.

*Kapitalmangel:* Egal ob Wiederaufbau einer auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnittenen Binnenwirtschaft, Wiederherstellung eines exportfähigen Sektors oder gewinnbringende Ausbeutung von Ressourcen: Alle drei Entwicklungsmodelle setzen zunächst milliarden schwere Investitionen voraus. Dafür braucht es Kapital. Nach einem erfolgten großen Schuldenschnitt dürfte es zunächst extrem schwierig für Griechenland werden, auf den internationalen Kapitalmärkten zu bezahlbaren Zinssätzen frisches Kapital aufzunehmen. Der Schuldenschnitt ist aber notwendig, da sonst bei einer Rückkehr zur Drachme die in Euro oder Dollar gezeichneten Schulden schlagartig bis zum Doppelten anwachsen würden. Es bliebe dann nur die Direktfinanzierung durch europäische Institutionen: Die Europäische Zentralbank könnte die Staatsfinanzierung über Eurobonds oder Ähnliches garantieren, Kohäsions- und andere Fonds Strukturmittel zur Verfügung stellen, und die Europäische Investitionsbank könnte weitere Investitionen anschieben.

*Schocktransformismus:* Nur, warum sollten diejenigen, die in der Europäischen Union das Sagen haben, plötzlich von ihren harten Bedingungen oder einem Kürzungsdiktat abrücken? Wie realistisch ist es, dass sie einem Schuldenschnitt zustimmen werden oder einer Direktfinanzierung des griechischen Staates über die EZB? Die Abhängigkeit Griechenlands von einem postdemokratischen, autoritär-neoliberalen Block bliebe. Der Vertrag von Lissabon «mit allen seinen restriktiven Auswirkungen auf die Finanzpolitik würde für diese Staaten weiterhin gelten, die Maastricht-Kriterien müssten weiterhin angewandt», die Grundfreiheiten des Kapitals im Europäischen Binnenmarkt würden weiter gelten, und «der freie Wettbewerb, der zu einer Benachteiligung der weniger produktiven Regionen führt, [würde] in keiner Weise aufgehoben». <sup>16</sup> Für Griechenland wäre nichts gewonnen. Laut einer Studie von Prognos müsste das Land sich stattdessen auf Wachstumsverluste bis 2020 von über 164 Milliarden Euro einstellen. <sup>17</sup> Welche Linksregierung würde eine Zeit des ökonomischen Kollapses und eine Art «Schocktransformismus» durchstehen?

## **FOLGEN DES EXIT FÜR DIE EXPORTLÄNDER, DIE EUROZONE UND DIE WELTWIRTSCHAFT**

Was würde ein Austritt aus dem Euro für die deutsche Wirtschaft bedeuten? Flassbeck und Lapavistas warnen selbst: Deutschland würde, sollte das Ausstiegsszenario Wirklichkeit werden, ökonomisch ohne Zweifel hart getroffen.

*Ende des Exportmodells ohne gerechten Übergang:* Laut der bereits erwähnten Prognos-Studie würde der Austritt Griechenlands aus der Währungsunion in den 42 wichtigsten Volkswirtschaften Wachstumseinbußen in Höhe von rund 17,2 Billionen Euro verursachen. Deutschland allein müsste bis 2020 etwa 73 Milliarden Euro an Verlusten verkraften. Dazu kämen Abschreibungen privater und öffentlicher Gläubiger in Höhe von 64 Milliarden Euro (wenn die Gläubiger auf 60 Prozent ihrer Forderungen verzichten würden und die Drachme um etwa 50 Prozent abgewertet würde). Zudem wäre mit der Rückkehr zum EWS und zur Deutschen Mark oder der Schaffung eines Nordeuro eine starke Aufwertung verbunden. Da der Anteil des Exports am BIP der Bundesrepublik mittlerweile bei 50 Prozent liegt, würde die deutsche Wirtschaft um viele Jahre zurückgeworfen und würden Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden. «Die gesamte politische Elite wird abtreten müssen und das gesamte deutsche Bankensystem verstaatlicht» werden, ist

Flassbeck selbst überzeugt. <sup>18</sup> Goldman Sachs hat berechnet, dass die neue Währung real um mindestens 25 Prozent aufgewertet würde. Die Kosten des Auseinanderbrechens der Währungsunion beziffert die Bank für die Bundesrepublik auf etwa 800 Milliarden Euro. <sup>19</sup> Es müsste ein Einbruch der Industrieproduktion von 40 Prozent verkräftet werden, das Exportmodell, so Flassbeck, wäre tot. <sup>20</sup> Rein rechnerisch (unter Berücksichtigung von Zinseffekten) «könnte Deutschland für dieses Geld zehn Jahre lang 94 Milliarden Euro Transferleistungen leisten». <sup>21</sup> Billiger wäre es also, Griechenland über eine echte Transferunion mittelfristig mit den benötigten finanziellen Mitteln für einen wirtschaftlichen Neuanfang zu versorgen. Bei einer abrupten Aufwertung der neuen Deutschen Mark fehlen die Zeit und die finanziellen Ressourcen für einen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft, insbesondere der Exportindustrie – es gäbe keinen gerechten Übergang, <sup>22</sup> vielmehr eine Schockstrategie wie in einem rechtskonservativen Postwachstumsszenario Meinhard Miegels. <sup>23</sup>

Und was schließlich würde ein Austritt aus dem Euro für die Eurozone und die Weltwirtschaft insgesamt bedeuten?

*Kettenreaktion und Zerfall der Währungsunion:* Bei einem Austritt, so die Warnung der Prognos-Studie, wäre es wahrscheinlich, dass «die Kapitalmärkte dann auch Portugal, Spanien und Italien das Vertrauen entziehen» und «dort ebenfalls Staatsbankrotte» hervorrufen würden. <sup>24</sup> Diese Kettenreaktion wäre selbst für die mächtige Europäische Zentralbank kaum noch über Staatsanleihenkäufe auf dem Sekundärmarkt und über unbegrenzte Liquiditätsspritzen für Banken in den Griff zu bekommen. Sie hätte vermutlich einen unkontrollierten Zerfall der Währungsunion zur Folge. «Die Weltwirtschaft würde in eine tiefe Rezession fallen.» <sup>25</sup>

## **RÜCKKEHR ZUM EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSSYSTEM?**

Also doch lieber einen «geregelten Ausstieg» und eine Rückkehr zum Europäischen Währungssystem alter Prägung? Blenden wir für einen Moment die drastischen Folgen sowohl für die von Abwertung als auch für die von Aufwertung betroffenen Länder aus. Was wäre gewonnen? Ist mit dem EWS ein Mechanismus für die geregelte Auf- und Abwertung einzelner Währungen garantiert? Eher nicht. Vielmehr eröffnet die Rückkehr zu nationalen Währungen wieder Tür und Tor für Devisenspekulationen. Welche Macht Währungsspekulanten haben, das hat George Soros 1993 eindringlich vorgeführt. Damals hat sein Hedgefonds gegen die Deutsche Mark spekuliert und das britische Pfund aus dem Europäischen Währungssystem gedrängt.

Die enormen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen könnten vielleicht reduziert werden, zugleich drohen eine weitere Aufblähung der Finanzmärkte und eine Zunahme von Währungsspekulationen. Ungeklärt bleibt auch, wie der Abwertungsschock etwa in Griechenland oder der Aufwertungsschock für Exportökonomien wie Deutschland oder gar eine europa- oder weltweite Depression politisch zu verkraften wären. Sicherlich verbessert eine solche Verschär-

<sup>16</sup> Hirsch, Uwe: Für eine linke Antwort auf die Krise, in: Neues Deutschland vom 8.5.2013, unter: [www.neues-deutschland.de/artikel/820984.fuer-eine-linke-antwort-auf-die-krise.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/820984.fuer-eine-linke-antwort-auf-die-krise.html). <sup>17</sup> Handelsblatt, vom 17.10.2012. <sup>18</sup> Flassbeck: Trennt euch! <sup>19</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.2.2012. <sup>20</sup> Flassbeck: Trennt euch! <sup>21</sup> Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16.2.2012. <sup>22</sup> Vgl. Candeias, Mario: Konversion – Einstieg in eine öko-sozialistische Reproduktionsökonomie, in: ders. u. a. (Hrsg): Globale Ökonomie des Autos, Hamburg 2010, S. 253–272. <sup>23</sup> Miegel, Meinhard: Exit. Wohlstand ohne Wachstum, Berlin 2010. <sup>24</sup> Handelsblatt vom 17.10.2012. <sup>25</sup> Ebd.

fung der Krise nicht unbedingt die Bedingungen für eine Organisation linker und emanzipatorischer Kräfte, sondern erhöht die Gefahr rechtsautoritärer und neofaschistischer Wendungen.

## UND WAS IST ÜBERHAUPT REALISTISCH DURCHSETZBAR?

*Kein handelndes Subjekt:* Flassbeck und Lapavitsas begründen ihre Forderung nach einem «geregelten Exit» mit dem Argument, andere Möglichkeiten seien politisch verbaut, da insbesondere in Deutschland, dem entscheidenden Land, bei den Regierenden keine Einsicht erkennbar sei. Doch dann stellt sich die Frage, wer in Europa einen «geregelten Ausstieg» organisieren soll? Flassbeck und Lapavitsas unterschätzen meiner Ansicht nach die Entschlossenheit der politischen Regierenden und der sie stützenden Kapitalfraktionen, den Euro unter allen Umständen zu verteidigen – schon aufgrund der eben aufgezählten ökonomischen wie politischen Gefahren und Konsequenzen.<sup>26</sup> Ist ernsthaft zu erwarten, dass die Regierenden und die Troika bereit wären, Griechenland oder anderen Ländern günstige Bedingungen und umfangreiche Hilfen beim Austritt aus der Eurozone zu gewähren, wenn sie sie ihnen jetzt doch mit solcher Härte verweigern? Ist es vorstellbar, dass sie einem umfangreichen Schuldenschnitt oder Eurobonds doch noch zustimmen würden und den Druck zur harten Kürzungspolitik und Haushaltsdisziplin einfach lockern? Wohl kaum. Die herrschenden Klassen haben nichts zu verschenken: No exit through the gift shop. Die Durchsetzung eines solidarisch geregelten Ausstiegs beziehungsweise die Rückkehr zum Europäischen Währungssystem ist nicht weniger illusionär, als weiter Forderungen für ein soziales Europa aufzustellen – nur wesentlich riskanter. Es gibt kein in diesem Sinne handelndes Subjekt.

Anders als Flassbeck und Lapavitsas glauben griechische Befürworter einer Loslösung wie Panagiotis Sotiris nicht an die Möglichkeit eines «geregelten» Austritts aus der Eurozone: Die Debatte findet in Griechenland vor dem Hintergrund einer möglichen «echten Linksregierung» statt. Eine solche Regierung, die sich auf ein breites Bündnis populärer Kräfte stützen müsste, werde, so die Einschätzung, wohl kaum von der Europäischen Union die notwendige Unterstützung für einen wirtschaftlichen Neuanfang erhalten, sondern bekämpft werden. «Es ist unmöglich, solch tiefgreifende Veränderungen durch einfache Beschlüsse und Entscheidungsprozesse innerhalb der EU zu bewirken. Sie müssen die Form eines Bruchs annehmen.»<sup>27</sup> Dieser wäre verbunden mit «einer unverzüglichen Einstellung des Schuldendienstes, der Verstaatlichung der Banken und strategischer Infrastruktur» sowie der Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen und anderen Regulierungen.<sup>28</sup> Der Austritt wird auch als Möglichkeit betrachtet, internationale Beziehungen aufzubauen, die «auf beidseitigem Nutzen beruhen» würden.<sup>29</sup> Gemeint sind Wirtschaftsbeziehungen zu den Ländern der Arabellion, aber auch zu China, Lateinamerika, der Türkei und anderen Ländern Südeuropas, die ebenfalls Interesse daran haben könnten, die Eurozone zu verlassen. «Die Eurozone zu verlassen, führt nicht in die Isolation, sondern eröffnet den einzigen Weg zu einem breiteren Spektrum möglicher Formen internationaler und wirtschaftlicher Beziehungen», so die Hoffnung.<sup>30</sup>

Doch auch hier stellt sich die Frage, ob damit der Griff der Finanzmärkte und der herrschenden Kräfte in Europa wirklich gelockert würde. Darüber hinaus ist zu fragen, worin die

Vorteile gegenüber einer Position bestehen, wie sie zum Beispiel von Syriza, der Koalition der radikalen Linken, vertreten wird. Um Neuverhandlungen zu erzwingen, will Syriza die unverzügliche Einstellung des Schuldendienstes, die Verstaatlichung der Banken und strategischer Infrastruktur sowie die Wiedereinführung von Kapitalverkehrskontrollen und anderer Regulierungen erreichen, aber eben mit der Absicht, im Euro zu verbleiben und die Risiken eines Austritts zu vermeiden. Doch hinter der Frage Exit oder nicht verbirgt sich noch eine weitere Frage: Wie verhält sich die Linke zum europäischen Projekt?

## ZWISCHEN PRO-EUROPA UND EUROSKEPSIS

Seit Jahrzehnten ist die Haltung der europäischen Linken zum europäischen Integrationsprozess ambivalent. Trefend wurden die Politiken der Liberalisierung und Deregulierung kritisiert, die monetaristische Währungsunion, der Maastricht-Vertrag und der Stabilitätspakt sowie die Wettbewerbsorientierung der Lissabon-Verträge. In der Tradition des Internationalismus hielt die Linke jedoch an einer pro-europäischen Haltung fest, entwarf Reformvorschläge und wandte sich gegen Nationalismen und rechten Protektionismus (die sich zum Beispiel gegen MigrantInnen und «ausländische» Arbeitskräfte richten). Angesichts der ungünstigen Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse in Europa drohte und droht die Wahrnehmung solcher pro-europäischen Positionen jedoch als naiv-idealistisch, etwa wenn wie bei Jürgen Habermas kontrafaktisch die Segnungen des mit der Europäischen Union verbundenen kosmopolitischen Aufbruchs gefeiert werden, ohne die realen sozialen und ökonomischen Verwerfungen zu erwähnen.<sup>31</sup> Umgekehrt konnten europakritische Positionen in der öffentlichen Debatte immer wieder mit rechtsnationalistischen in eins gesetzt und diffamiert werden beziehungsweise stützten diese ungewollt rechte Positionen. Theoretisch waren die Positionen für eine linke europäische Perspektive und gegen die Aushöhlung sozialer Rechte auf nationalstaatlicher Ebene durchaus zu vermitteln. Praktisch wurden sie jedoch durch die reale Politik immer wieder in einen falschen Gegensatz gebracht, wenn zum Beispiel weiter auf ein progressives europäisches Sozialmodell gesetzt wird, wenn Mario Draghi gerade dessen Ende verkündet hat,<sup>32</sup> oder man sich regressiv auf die Verteidigung der sozialen Errungenschaften auf nationalstaatlicher Ebene fokussiert. In der Krise Europas ringt die europäische Linke um eine angemessene und überzeugende strategische Position – bislang ist ihr dies mit wenigen Ausnahmen wie etwa in Griechenland nicht gelungen.

Beide Positionen haben ihre Rationalität: Ein auf den nationalstaatlichen Rahmen beschränktes und zurückgeworfenes politisches Agieren wird angesichts fortschreitender Europäisierung und transnationaler Machtstrukturen nicht einmal zur Verteidigung zentraler sozialer und politischer Errungenschaften ausreichend sein. Doch der «Linken ist es bisher nicht gelungen, ihr Votum für ein anderes Europa in eine konzise und geteilte Idee und Politik» für Europa umzusetzen.<sup>33</sup>

<sup>26</sup> Vgl. Heine, Frederic/Sablowski, Thomas: Widersprüche im deutschen Machtblock in Bezug auf die europäische Krisenpolitik, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin 2013 [im Erscheinen]. <sup>27</sup> Sotiris, Panagiotis: Griechenland und die dunkle Seite der Europäischen Integration, in: LuXemburg 2/2012, S. 26. <sup>28</sup> Ebd., S. 26f. <sup>29</sup> Ebd., S. 27. <sup>30</sup> Ebd. <sup>31</sup> Vgl. Anderson, Perry: Deutsche Hegemonie und «Blaue Blume der Demokratie», in: LuXemburg 2/2012, S. 14. <sup>32</sup> Wall Street Journal vom 28.2.2013. <sup>33</sup> Händel, Thomas/Puskarev, Frank: Europa – ein linkes Projekt?, in: LuXemburg 2/2012, S. 45.

Es gibt ein wachsendes Unbehagen gegenüber Europa, auch innerhalb der Partei DIE LINKE, das nicht dumpf nationalistisch, sondern erfahrungsgesättigt ist. In den letzten Jahrzehnten war jeder weitere Schritt zur europäischen Integration ein Mittel fortschreitender Durchsetzung neoliberaler Prinzipien, auch wenn es in einzelnen Bereichen durchaus auch Fortschritte gegeben haben mag. Nicht zuletzt für viele Menschen in Osteuropa oder in der Türkei war und ist die Perspektive auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union immer noch an die Hoffnung geknüpft, diese würde eine größere Achtung der Bürger- und Menschenrechte garantieren. Zugleich nähert sich die Europäische Union jedoch immer mehr einem undemokratischen und wirtschaftsnahen Lobbyverein an, der jenseits des nach wie vor zu schwachen Europäischen Parlaments kaum einer politischen Kontrolle oder Beeinflussung durch zivilgesellschaftliche und parlamentarische Kräfte unterliegt. Auf europäischer Ebene wurden zahllose Maßnahmen und Programme der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung durchgesetzt, auch gegen nationale Interessen. Die europäischen Institutionen sind daher «in keinem Fall ein besseres Umfeld für Kämpfe als die sozialen Strukturen und politischen Einheiten der Länder», lautet daher die Einschätzung von Panagiotis Sotiris.<sup>34</sup> Insbesondere angesichts der Verhältnisse in Griechenland wird eine Haltung verständlich, die «die Wichtigkeit aller demokratischen und internationalistischen Traditionen der Arbeiterbewegung und der europäischen Linken» nicht außer acht lassen will, aber am Ende zu dem Schluss kommt, diese hätten «nichts mit der Realität des tatsächlichen institutionellen Rahmens der EU zu tun».<sup>35</sup>

In der gegenwärtigen Krise wäre es umso dringlicher, konsequente Schritte zur Reform der Europäischen Union voranzutreiben, um ein Auseinanderbrechen derselben zu verhindern. Doch die derzeitigen Kräfteverhältnisse lassen dies nicht zu. Die Entwicklung geht vielmehr in die entgegengesetzte Richtung, nämlich hin zu einem autoritären und postdemokratischen Neoliberalismus. So fordern Axel Troost und Sahra Wagenknecht: «Weitere Kompetenzübertragungen auf die europäische Ebene im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik dürfen nur dann stattfinden, wenn damit das praktizierte Lohn-, Sozial- und Steuerdumping unterbunden wird.»<sup>36</sup>

Ausstieg aus dem Euro oder utopische Harmonisierung eines europäischen Sozialmodells? Am Ende ist die Frage so falsch gestellt. Ein Austritt aus dem Euro – selbst wenn es die Chance zum ökonomischen Wiederaufbau mit eigener, dann abgewerteter Währung gäbe – zöge in jedem Fall in ihrem Ausmaß kaum zu überschätzende wirtschaftliche und politische Konsequenzen nach sich. Außerdem würde er wahrscheinlich zu einer Kettenreaktion in anderen Staaten und möglicherweise zum Zerfall nicht nur der Europäischen Währungsunion, sondern der Europäischen Union insgesamt führen, mit ebenfalls katastrophalen Folgen für die Menschen in Deutschland und andernorts. Strategisch würde Griechenland mit dem Exit zudem sein härtestes Verhandlungsargument, die Drohung mit einem Zahlungsausfall, verschenken. Dies ist das Faustpfand einer möglichen Linksregierung unter Syriza – nicht Austritt aus der Eurozone, sondern umfassende Neuverhandlung der Bedingungen, um dort zu verbleiben. Nichts spricht dagegen, wo immer es möglich ist, «gute Maßnahmen unilateral» durchzusetzen (zum Beispiel Kapitalverkehrskontrollen oder Steuerreformen) und nicht zu warten, «bis ein «gutes» Europa

geschaffen» ist, wie es Michel Husson vorschlägt. «Das politische Risiko, das ein Bruch der EU-Richtlinien bedeutet, ist einzugehen» – dazu bedarf es keines Austritts. Andere Länder könnten folgen. Danach bestünde die Chance, auf die Ausdehnung der in einem Land oder in mehreren Ländern begonnenen Reformen innerhalb Europas hinzuwirken.<sup>37</sup>

Die Politik der Regierung von Angela Merkel hingegen spaltet Europa – dies ist die größte Bedrohung für Europa, bringt es Katja Kipping, eine der beiden Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, auf den Punkt.<sup>38</sup> Die klare Ablehnung des neoliberalen Krisenmanagements vonseiten der LINKEN ist konsequent und wurde an der Wählerbasis überwiegend positiv aufgenommen. Besonders wichtig war dabei, immer wieder die Betonung der Ursachen der Krise mit einer Perspektive der Solidarität mit den Krisenopfern und -ländern zu verbinden und damit einen Klassenstandpunkt einzunehmen, anstatt sich durch eine nationalistische Deutung – wie zum Beispiel, dass die Konfrontation zwischen Krisenländern und den «deutschen Steuerzahlern» verlaufe – spalten zu lassen. Was also muss getan werden, um weiteres Elend zu verhindern und ein demokratischeres und sozialeres Europa zu ermöglichen? Die LINKE hat hierzu zusammen mit anderen Initiativen und NGOs in den vergangenen Jahren zahlreiche Vorschläge erarbeitet<sup>39</sup> und diese in ihr Programm für die Bundestagswahl aufgenommen.<sup>40</sup> Es gilt nun die vielen nach vorn gerichteten Vorschläge zur Bearbeitung der Eurokrise und zur sozialen Gestaltung Europas deutlicher als Elemente eines solidarischen Prozesses der Neukonstitution Europas zu vertreten. Da gibt es auch keine Verwechslungsgefahr mit der rechten «Alternative für Deutschland»: Per Twitter erklärte Bernd Riexinger, Co-Vorsitzender der LINKEN, neulich, dass Welten zwischen der «Alternative für Deutschland» und der Linkspartei liegen. Die LINKE sage «Nein zur Austerität und Ja zum Euro», während die «Alternative für Deutschland» «Nein zum Euro und Ja zur Austerität» sage. Also nicht weiter mit diesem Herrschaftsprojekt europäischer Integration – aber für eine Neugründung Europas!

Mario Candeias ist Referent für Kapitalismuskritik und Gesellschaftsanalyse und stellvertretender Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

<sup>34</sup> Sotiris: Griechenland und die dunkle Seite, S. 25. <sup>35</sup> Ebd. <sup>36</sup> Trost, Axel/Wagenknecht, Sahra: Die LINKE und die Krise in Griechenland, Berlin 2013, unter: [www.linksfraktion.de/im-wortlaut/linke-krise-griechenland](http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/linke-krise-griechenland). <sup>37</sup> Husson, Michel: Zur Wiederbegründung Europas, in: LuXemburg 2/2012, S. 28–32, unter: [www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2250](http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2250). <sup>38</sup> Vgl. die tageszeitung vom 1.5.2013. <sup>39</sup> Für eine kommentierte Zusammenfassung vgl. Candeias, Mario: Linke Strategien in der Eurokrise (einschließlich einer kommentierten Synopse der europapolitischen Positionen der Partei DIE LINKE), herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2013. <sup>40</sup> Vgl. DIE LINKE: Entwurf des Wahlprogramms zur Bundestagswahl: 100 Prozent sozial, Berlin 2013, unter: [www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/Leitantrag-Wahlprogramm.pdf](http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/Leitantrag-Wahlprogramm.pdf); vgl. auch Riexinger, Bernd: Linke Positionsbestimmung zur Eurokrise und dem Euro, Berlin 2013 [im Erscheinen].

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig V. i. S. d. P.: Henning Heine  
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)  
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)  
Redaktionsschluss: Mai 2013  
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin  
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation  
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling